

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke für die Einladung zur heutigen Konferenz „Die MONA-Region zwischen Hegemonialkonflikt, Arabischem Frühling 2.0 und Klimawandel. Welche Perspektiven für sozialdemokratische Außenpolitik?“. Ich bin gebeten worden, einen kurzen Bericht aus Brüssel zu diesem Thema zu geben.

Die MONA-Region befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft zur EU und besitzt daher zentrale Bedeutung für die EU-Außenpolitik.

In der letzten Woche im Europäischen Parlament standen eher außenpolitische Themen im Fokus, die überwiegend nicht im unmittelbaren Kontext der MONA-Region stehen. Insbesondere die Entwicklung in Belarus, der Giftanschlag auf Nawalny, eine Kooperationsvereinbarung mit Moldawien, die EU-Afrika-Strategie und Pesco haben wir behandelt. Weitere Themen waren Rüstungsexporte und der Konflikt im östlichen Mittelmeer zwischen Griechenland und der Türkei. Themen, die schon in einem engeren Zusammenhang mit der MONA-Region stehen. Natürlich hat sich das Europäische Parlament in den letzten Wochen auch mit der Lage in Libyen und im Libanon sowie den neusten Entwicklungen in den Beziehungen Israel und Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten befasst. Themen, die für die heutige Konferenz ja noch vertieft angesprochen werden. Ich will einige kurz aufgreifen:

Im Israel-Palästina-Konflikt hat sich die EU als politischer Akteur durch das Vorgehen der USA an den Rand drängen lassen. Die EU konnte sich zu keiner gemeinsamen Position durchringen. Die EU hat die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Bahrain und den VAE begrüßt. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Stabilisierung und zur Friedenssicherung der Region. Es ist ein wichtiger Beitrag für die Sicherheitsinteressen Israels, das mit Ägypten und Jordanien nun zu vier wichtigen Staaten stabilere Beziehungen aufbaut. Auch Saudi-Arabien nähert sich aufgrund seiner Konkurrenz zum Iran um die Vormacht in der Region Israel an. Eine Entwicklung, die noch bis vor einigen Jahren undenkbar schien, weil jede Annäherung der arabischen Staaten mit dem Fortschritt verbunden sein musste, dass die Palästinenser*innen einen eigenen Staat bekommen.

Die Bedeutung der Palästinenser*innen verringert sich aus der Sicht vieler arabischer Staaten. Die Chancen der Palästinenser*innen auf einen eigenständigen Staat verschlechtern sich. Sie haben in der Geschichte des Nah-Ost-Konfliktes wichtige Möglichkeiten für die Gründung eines eigenen Staates ungenutzt gelassen. Die EU strebt natürlich weiterhin eine Zwei-Staaten-Lösung an. Ihr Einfluss auf die Region ist aber momentan eher gering.

Im Libanon ist durch die Explosionskatastrophe im Hafen von Beirut deutlich geworden, dass das Land von einer korrupten und unfähigen Regierung geführt wird, in der die Hisbollah eine zentrale Rolle spielt. Die Wut der Menschen richtet sich vor allem gegen die Hisbollah. Sie kontrollierte den Hafen, in dem die Explosion geschah und organisiert hier den Waffen- und den Drogenhandel. Die Hisbollah ist ein eigener Staat im Staate Libanon. Sie besitzen mehr als 100.000 Raketen, mit denen sie Israel bedrohen.

Auch der Iran, dessen Mullah-Regime die Hisbollah unterstützt, trägt maßgebliche Mitverantwortung an der desaströsen Lage im Libanon. Man kann sagen, überall dort wo die Hisbollah Einfluss hat, herrschen Korruption und Armut.

Die Infrastruktur, Wasser- und Elektrizitätsversorgung funktionieren nicht. Der Libanon kann nur ein handlungsfähiger demokratischer Staat werden, wenn der Einfluss der Hisbollah zurückgedrängt wird. In Deutschland sind die Aktivitäten der Hisbollah als antisemitische Terrororganisation verboten worden. Ich unterstützte eine internationale Kampagne der Transatlantic friends of Israel gegen die Hisbollah. Die EU muss die Hisbollah insgesamt als eine antisemitische Terrororganisation sehen und verbieten.

Der Mittlere Osten und ebenso Nordafrika waren Teil des jährlichen Berichts über Waffenexporte, der letzte Woche vom Europäischen Parlament verabschiedet wurde. In diesem wird darauf hingewiesen, dass diese Regionen an der Spitze europäischer Waffenimporte stehen, obwohl zahlreiche Staaten in bewaffnete Konflikte und teils schwere Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind. Daher drängt das Parlament weiterhin auf einen Stopp von Waffenexporten an die VAE und Saudi-Arabien, die nicht nur im Jemen unsägliches Unheil anrichten, sondern auch trotz ihrer Versprechen auf der Berliner Konferenz weiterhin Waffen nach Libyen liefern. Die VAE sind hauptverantwortlich für schwere Kriegsverbrechen, die mit Drohnen ausgeführt wurden.

Die Fraktion der europäischen Sozialdemokrat*innen wollte daher einen Sanktionsmechanismus gegen Mitgliedsstaaten, die gegen die Regeln der EU zu Rüstungsexporten verstoßen, etablieren. Er wurde allerdings von der konservativen Mehrheit abgelehnt. Im Bericht über Waffenexporte werden außerdem die beiden Memoranda of Understanding zwischen der Türkei und Libyen verurteilt, die sowohl gegen das Waffenembargo als auch gegen das Völkerrecht verstoßen und direkt in die Hoheitsgebiete der EU-Mitgliedsstaaten- Griechenland und Zypern eingreifen.

Wegen der erneuten Aggressionen der Türkei und der weiter zunehmenden Spannungen im östlichen Mittelmeer waren Anfang diesen Monats auch der türkische und griechische Außenminister im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments.

Im Konflikt um Seegrenzen und Erdgas wollen Athen und Ankara immerhin wieder miteinander reden. Trotz dieser leichten Entspannungssignale bleibt die Lage fragil. Die Rückkehr des türkischen Forschungsschiffes in den Heimathafen ermöglichte diese vorsichtigen Annäherungen.

Das Europäische Parlament hat das türkische Vorgehen verurteilt und klar betont, dass es an der Seite Griechenlands steht. Zugleich vermittelt die EU zwischen beiden Konfliktparteien, um die Lage zu deeskalieren.

Aus Sicht des Europäischen Parlaments betreibt die Türkei eine neo-osmanische geopolitische Agenda und versucht ihren Einfluss auf die gesamte Region auszudehnen. Der Europäische Rat und der Hohe Vertreter Josep Borrell haben sich in diesem Zusammenhang wiederholt klar positioniert. Ich halte in diesem Zuge ein effektives Waffenembargo für sinnvoll. Es kann nicht sein, dass wir Waffen an einen Staat liefern, die Griechenland und letztlich der EU mit Krieg drohen. Gleichzeitig muss es jedoch auch von griechischer Seite Dialogbereitschaft geben, ebenso wie den Willen, den Konflikt in einem Schiedsverfahren oder vor dem Internationalen Gerichtshof zu klären.

Weiter sind zwischen Frankreich und Deutschland unterschiedliche Vorgehen wahrzunehmen: Während die deutsche Bundesregierung auf Vermittlung setzt, hat die französische Regierung Kriegsschiffe zur Unterstützung von Griechenland geschickt. In der Region droht ein neues Wettrüsten. Frankreich wird an Griechenland unter anderem 18 französische Rafale-Jets, vier neue Fregatten und vier Kampfhubschrauber verkaufen. Die Region, in der Wettrüsten stattfindet und verstärkt die nationalistische Karte gespielt wird, ist und bleibt fragil.

Die MONA-Region hat für die EU eine zentrale Bedeutung, um in einem stabilen Umfeld zu agieren. Die Entwicklungen in Libyen und in Syrien zeigen allerdings, dass der Westen Einfluss verliert, was letztlich auf eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse in der Weltpolitik gründet. In dieses Vakuum versuchen andere Player zu stoßen: Der Iran, die Türkei und Saudi-Arabien ringen um Vormachtstellungen in der Region.

Ich hoffe, wir bekommen durch die heutigen und morgigen Diskussionen ein paar Anregungen, welche Rolle die EU in dieser Region im Umbruch spielen kann, um Menschenrechte zu stärken und friedliche gewaltfreie Entwicklungen zu fördern. Militärische Interventionen sind in der Vergangenheit gescheitert und haben z.B. in Libyen zu einem Zerfall des Staates geführt. Libyen ist heute für die Menschen die Hölle, in der Warlords ihr schreckliches Regiment führen. Das sollte den westlichen Staaten eine Lehre sein. Es müssen politische Lösungen gesucht werden, die es den Menschen ermöglichen, ihr Selbstbestimmungsrecht wahrzunehmen.

Vielen Dank!